


Die Master-Frage

Bologna-Reform. Nach wie vor steht der Bachelor-Abschluss in der öffentlichen Kritik. Die meisten Bachelors streben deshalb den Master an. Dass sie zwischen den beiden Studienabschnitten keiner Berufstätigkeit nachgehen wollen, hat aber auch finanzielle Gründe: An den staatlichen Hochschulen ist das direkt anschließende Masterstudium – im Gegensatz zum weiterbildenden Masterstudium – kostenlos. 

Horst Hippler, der neue Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, hält mit seiner Kritik nicht hinterm Berg: Als sich im August in Deutschland die Bologna-Umstellung zum zehnten Mal jährte, zweifelte Hipp-

pler an der Berufsfähigkeit der Uni-Bachelors und bemängelte die geringe Internationalisierung der neuen Studiengänge.

Das Bologna-Bashing an sich ist nicht neu, wohl aber von so promi-

nenter und auch ungewohnter Stelle. Was also ist dran an den Vorwürfen? Ist der Bachelor tatsächlich nur eine Art Grundstudium mit Abschlusszeugnis und deshalb für die Mehrheit der Studenten lediglich eine Durchgangsstation zum Master?

Fest steht: Die meisten Studenten, die ein Bachelor-Studium abgeschlossen haben, wollen den Master draufsatteln – und zwar möglichst schnell.

An den Fachhochschulen entscheiden sich 53 Prozent, an den Universitäten sogar 77 Prozent der Bachelor-Absolventen für ein unmittelbar anschließendes Masterstudium.

Von den Uni-Bachelors wollen 9 Prozent für ein Masterstudium ins Ausland, von den FH-Bachelors 4 Prozent. Viele haben zu diesem Zeitpunkt bereits Auslandserfahrungen gesammelt: 16 Prozent der Uni-Bachelors und 17 Prozent der FH-Bachelors weilten schon während ihres Bachelor-Studiums in der Ferne. Die Mehrheit hatte dabei auch keine Probleme mit der Anerkennung von Studienleistungen. →

Hochschulabsolventen: Wer wie viel verdient

Durchschnittliche Einstiegsgehälter in Euro im Jahr 2012

Unternehmen mit ...	Bachelor	Master	Diplom
weniger als 10 Mitarbeitern	32.300	37.900	37.000
10 bis 99 Mitarbeitern	36.000	37.600	37.900
100 bis 999 Mitarbeitern	39.700	41.300	40.800
1.000 bis 5.000 Mitarbeitern	40.700	42.500	41.800
mehr als 5.000 Mitarbeitern	42.800	44.600	44.700
Insgesamt	39.700	41.600	41.200

Befragung von 1.015 Unternehmen im Februar 2012; Einstiegsgehalt: durchschnittliches Jahresbruttogehalt inklusive Prämien und finanziellen Nebenleistungen wie 13. Gehalt, Urlaubsgeld usw.
 Quelle: Personalberatung alma mater

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012, IW Medien - iw 36

Inhalt

Nachhaltigkeit. Auch Städte und Gemeinden können Ressourcen sparen – Heidelberg beispielsweise hat sich ein Energiesparprogramm für öffentliche Gebäude verordnet.
Seite 3

Eurokrise. Viele Wahlgeschenke, die die Krisenländer in der Vergangenheit machten, werden nun angesichts der überbordenden Staatsverschuldungen zurückgenommen.
Seite 4-5

Wirtschaftswissen. Nur noch ein Fünftel der Jugendlichen interessiert sich für Wirtschaft, hat der Bundesverband der Banken festgestellt. 2009 war es noch ein Drittel.
Seite 6-7

Freiwilliges Engagement. Wenn Unternehmen sich sozial engagieren, tun sie dies laut Sachverständigenkommission sowohl aus altruistischen Motiven als auch aus Eigennutz.
Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Befragt man die Bachelors, warum sie unbedingt noch den Master dranhängen wollen, obwohl der erste Abschluss eigentlich einen früheren Berufseinstieg ermöglichen und auch zur Regel machen sollte, antworten die meisten: Sie wollen ihre Fachkenntnisse vertiefen und mithilfe des Aufbaustudiums ihre Berufschancen verbessern.

Letzteres wäre in den meisten Fällen gar nicht nötig, denn in der beruflichen Praxis sind die Bachelor-Absolventen längst gut integriert:

- **Selten arbeitslos.** Die Bachelor-Absolventen sind mit 3 Prozent (FH) bzw. 2 Prozent (Uni) etwas weniger häufig erwerbslos als ihre Kollegen mit Diplom.

- **Gut bezahlt.** Berufsanfänger mit einem Master verdienen im Durchschnitt nur 5 Prozent mehr als Bachelors, die Differenz zwischen Bachelor- und Diplomkandidaten beträgt sogar nur 4 Prozent. Neun von zehn Unternehmen machen bei den Bewerbern auch keinen Unterschied zwischen FH- und Uni-Absolventen.

Relevanter als der Studienabschluss ist für das Einstiegsgehalt die Unternehmensgröße: Wer als Bachelor seine erste Stelle in einem Betrieb mit mehr als 5.000 Mitarbeitern antritt, bekommt jährlich bis zu 10.000

Euro mehr als in einer kleineren Firma (Grafik Seite 1).

- **Gleichwertig behandelt.** Für 85 Prozent der Unternehmen macht es keinen Unterschied, ob bestimmte Stellen mit einem Bachelor oder Master besetzt werden (vgl. iwd 18/2011). Der Master- oder Doktorgrad werden nur bei Tätigkeiten in der Forschung vorausgesetzt.

Außerdem steigen Bachelors zu Beginn ihrer Karriere meist auf den gleichen Positionen ein wie andere Hochschulabsolventen – etwa als Projektmitarbeiter oder Sachbearbeiter.

Wer trotz der guten Startbedingungen dennoch weiter studieren möchte, hat überdies noch eine weitere Option zum Vollzeitmaster: Fast jedes zweite Unternehmen unterstützt einen berufsbegleitenden Master oder beabsichtigt, dies zu tun. Dies geschieht überwiegend in Form einer (Teil-)Übernahme der Studiengebühren sowie der zeitweisen Freistellung von der Arbeit – bei Fortzahlung des Gehalts. In ihren Ambitionen, den wissenshungrigen Leuten zur Seite zu stehen, unterscheiden sich kleine und große Unternehmen übrigens nicht.

Eine Hürde stellt allerdings das derzeitige Studienangebot dar:

In Deutschland sind lediglich knapp 9 Prozent der Masterstudiengänge berufsbegleitend ausgelegt.

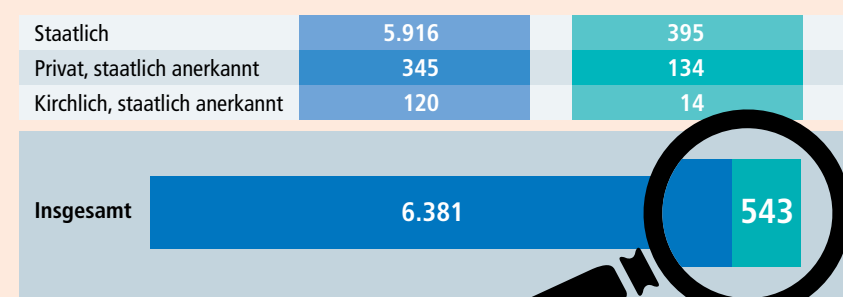
Mit 343 Studiengängen haben die Fachhochschulen noch ein vergleichsweise großes Angebot; die Universitäten bieten lediglich 200 Masterstudiengänge an, die berufsbegleitend oder als Fernstudium absolviert werden können (Grafik).

Besonders viele berufsbegleitende Studiengänge offerieren die privaten Hochschulen (40 Prozent). Dass sich die staatlichen Hochschulen mit ihrem Angebot zurückhalten (7 Prozent), hängt mit der Finanzierung zusammen. Gut die Hälfte der berufsbegleitenden Angebote sind weiterbildende Studiengänge, die auf längeren berufspraktischen Erfahrungen aufbauen. Für diese Studiengänge können die Hochschulen nicht auf staatliche Grundmittel zurückgreifen. Deshalb sehen sich viele Fachhochschulen und Universitäten gezwungen, weiterbildende Studiengänge kostenpflichtig anzubieten – gegenwärtig betragen die kompletten Gebühren für einen weiterbildenden Masterabschluss an einer staatlichen Hochschule rund 9.000 Euro.

Auch aus diesem Grund stürzen sich so viele Bachelors unmittelbar nach dem Abschluss auf den Master. Denn das direkt anschließende, sogenannte konsekutive Masterstudium ist für sie an den staatlichen Hochschulen kostenlos.

Masterstudium: Selten nebenher

■ Masterstudiengänge an Fachhochschulen und Universitäten ■ davon berufsbegleitend in Teilzeit oder als Fernstudium



Stand: 2012; ohne Kunst- und Musikhochschulen
Quelle: HRK Hochschulkompass

Institut der deutschen Wirtschaft Köln



IW-Positionen Nr. 53

Christiane Konegen-Grenier: Die Bologna-Reform. Eine Zwischenbilanz zur Neuordnung der Studiengänge in Deutschland, Köln 2012, 60 Seiten, 11,80 Euro.

Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwmedien.de/bookshop

Kommunen nehmen sich viel vor

Nachhaltigkeit. Zahlreiche Städte und Gemeinden in Deutschland wollen ressourcenschonender wirtschaften. Allerdings fehlt für manch ehrgeiziges Vorhaben das Geld.

In vielen politischen Entscheidungsprozessen spielt das Konzept der Nachhaltigkeit (Kasten) eine prominente Rolle. So hat die Bundesregierung erst vor kurzem ein Mobilitäts- und Kraftstoffkonzept zum „Leuchtturmprojekt 2012“ gekürt.

Doch auch in Städten und Gemeinden ist nachhaltiges Handeln angesagt – und zwar durchaus ressortübergreifend, wie eine Umfrage des Berliner Instituts für den öffentlichen Sektor zeigt (Grafik):

Die große Mehrheit der Kommunen setzt Nachhaltigkeitsprojekte um – sowohl in den Umweltdezernaten als auch im Städtebau, Verkehr, Bildungswesen und im Bereich Soziales.

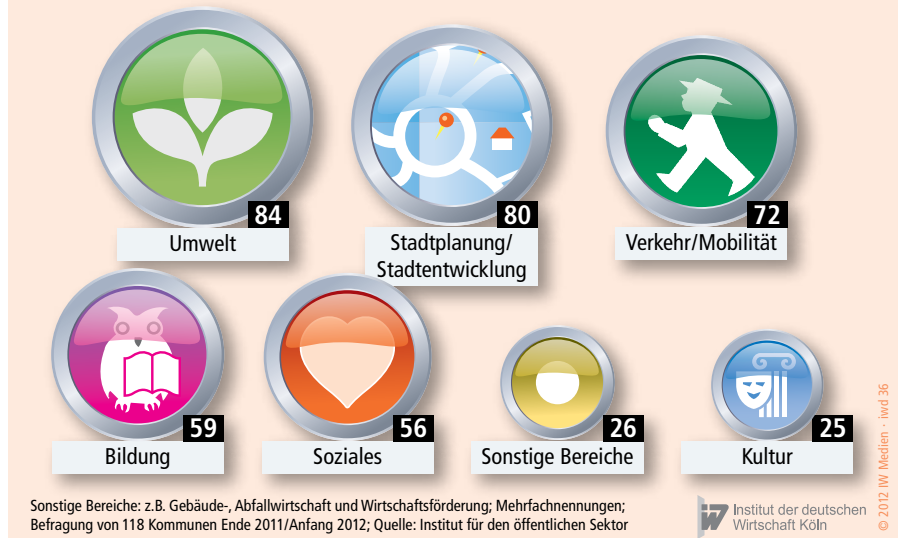
Trotz der Vielfalt der Maßnahmen gibt es einige Schwerpunkte:

- **Klima und Energie.** Auf der Agenda stehen unter anderem Energiesparprogramme für öffentliche Gebäude. Heidelberg beispielsweise hat 2010 begonnen, den Energieverbrauch seiner städtischen Liegenschaften zu optimieren. Alle Stellen, die Sanierungs- und Neubaumaßnahmen planen, müssen nachweisen, dass sie die energetischen Anforderungen erfüllen.

Ebenso wichtig ist eine effizientere Straßenbeleuchtung. Denn die häufig veralteten Laternen machen etwa 30 bis 50 Prozent des kommunalen Stromverbrauchs aus. Deshalb wer-

Nachhaltigkeit in Städten und Gemeinden

So viel Prozent der Kommunen setzen Nachhaltigkeitskonzepte in diesen Bereichen um



den beispielsweise in Düsseldorf alte Gasleuchten sukzessive gegen Natrium- und Hochdrucklampen sowie LED-Leuchtmittel ausgetauscht.

- **Öffentliche Beschaffung.** Für den Einkauf von Waren und Dienstleistungen gibt die öffentliche Hand in Deutschland jährlich etwa 260 Milliarden Euro aus. Dabei müssen die Bundesbehörden darauf achten, dass die ausgewählten Produkte möglichst Umweltsiegel wie den „Blauen Engel“ oder „Energy Star“ tragen. Auch die Kommunen ziehen mit – fast zwei Drittel der Verwaltungsspitzen der 118 größten deutschen Kommunen geben an, in der Beschaffung Nachhaltigkeitsvorha-

ben umzusetzen. Beraten lassen können sich die Kommunen dabei vom Beschaffungsamt des Bundesinnenministeriums, das seit Ende 2011 als Kompetenzstelle für nachhaltigen Einkauf fungiert.

Alle guten Vorsätze helfen allerdings wenig, wenn das Geld fehlt:

Zwei Drittel der Städte und Gemeinden sehen in ihrer angespannten Haushaltslage das größte Hindernis für die Realisierung von Nachhaltigkeitsvorhaben.

Wenn die Kommunen also nachhaltig wirtschaften wollen, müssen sie als Erstes versuchen, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen (vgl. iwD 21/2012).

Nachhaltigkeit – was heißt das?

Der Begriff stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und besagt, dass nicht mehr Holz gefällt werden darf, als nachwachsen kann. Inzwischen hat Nachhaltigkeit jedoch eine umfassendere Bedeutung – oft ist von einem Drei-Säulen-Modell der nachhaltigen Entwicklung die Rede. Dabei geht es erstens um ökologische Nachhaltigkeit – die natürlichen Lebensgrundlagen sollen nur in dem Maße beansprucht werden, wie sie sich regenerieren können. Zweitens wird ökonomische Nachhaltigkeit gefordert – eine Gesellschaft soll nicht über ihre Verhältnisse leben, um den nachfolgenden Generationen keine Einbußen zu beschern. Die dritte Säule ist die soziale Nachhaltigkeit – ein Staat sollte so organisiert sein, dass soziale Spannungen begrenzt bleiben und sich Konflikte auf friedlichem Weg lösen lassen.

Wenn die Politik versagt

Eurokrise. Die Regierungen in Griechenland, Spanien und Italien müssen umfangreiche Reformen umsetzen, um das Vertrauen der Finanzmärkte wiederzugewinnen und um an neue Kredite zu kommen – allen Protesten der eigenen Bevölkerung zum Trotz.

Die Krise fordert in den betroffenen Euroländern Opfer – zum Beispiel in Form niedrigerer Gehälter für Staatsbedienstete, geringerer Sozialleistungen und höherer Steuern. Das ruft Kritiker auf den Plan. Die Politik müsse sich durchsetzen und sich gegen die unbändigen Finanzmärkte wehren, schließlich hätten sie die Krise eingebrockt.

Doch so einfach ist die Situation nicht. Wer das Primat der Politik einfordert, darf nicht vergessen, dass nicht nur der Markt versagen kann, sondern auch der Staat und somit die Politik. Denn in parlamentarischen Demokratien ist es keineswegs sichergestellt, dass die staatliche Wirtschaftspolitik garantiert

gesamtgesellschaftlich sinnvolle Entscheidungen trifft.

Einerseits gibt es gut verdrahtete Lobbygruppen, die versuchen, ihre Interessen durchzusetzen, und Wähler, die oft nur an ihr kurzfristiges Wohl denken. Andererseits sind da Politiker, die gern wiedergewählt werden wollen und dafür so manch langfristig problematische Entscheidung vertagen und die Lasten in die Zukunft verschieben. Genau das ist nämlich vor der Eurokrise passiert, schon lange bevor Griechenland oder Spanien öffentlich in die Breddouille kamen:

- **Staatsverschuldung.** Politiker sind besonders dann populär, wenn sie Steuern senken und Sozialleistungen

schaffen bzw. erhöhen – schließlich sorgt das für mehr Geld bei den Wählern. Doch diese verkennen dabei – bewusst oder unbewusst – eines: Kurzfristige Steuersenkungen und höhere Staatsausgaben bedeuten meist höhere Schulden. Solche Wahlgeschenke fallen den Beschenkten also irgendwann auf die Füße, wenn auch oft erst den Kindern in der nächsten Generation. Doch die Wähler von morgen haben noch kein Mitspracherecht.

Wie verbreitet dieser kurzsichtige Handel ist, zeigt ein Blick in die Vergangenheit (Grafik Seite 5).

Lag die öffentliche Schuldenquote Anfang der 1970er Jahre in den meisten europäischen Staaten noch bei unter 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, ist sie seitdem fast überall sehr deutlich angestiegen, beim Spitzenreiter Griechenland hat sie sich sogar verachtfacht.

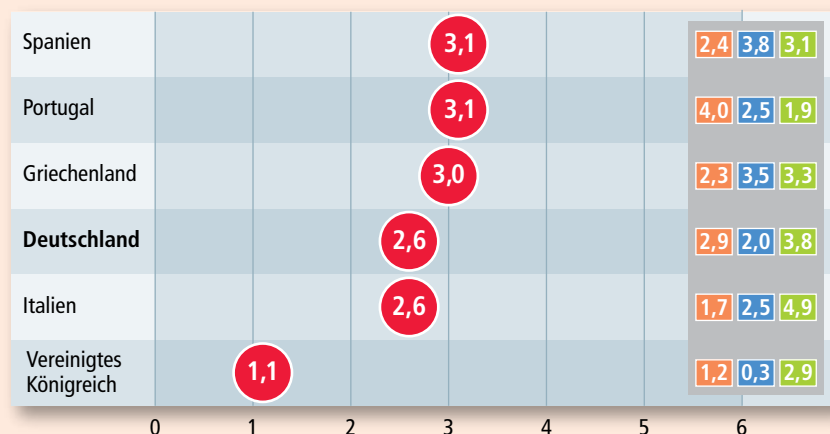
Wie sich bestimmte Gruppen auf Kosten der Allgemeinheit bereichern, kann man am Beispiel Griechenland ablesen. Dort wurden in der Vergangenheit Staatsposten als Wahlgeschenke verteilt; und Beamte verdienten in Hellas sehr viel mehr als Beschäftigte in der Privatwirtschaft. Dass sich nun Widerstand gegen den Abbau solch lieb gewonnener Besitzstände regt, ist zwar aus Sicht der Betroffenen verständlich – der Allgemeinheit zuliebe muss die Zahl der staatlichen Jobs trotzdem auf ein vernünftiges Maß gekappt werden.

- **Marktabschottung und Arbeitslosigkeit.** Ein typisches Versagen der Politik besteht darin, das Richtige zu wollen – aber das Falsche dafür

Hohe Barrieren auf dem Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarktregulierungsindex der OECD gibt an, wie stark der Arbeitsmarkt eines Landes z.B. durch Vorschriften zum Kündigungsschutz oder bezüglich der Gestaltungsfreiheit bei Verträgen reguliert ist – auf einer Skala von null (sehr wenig reguliert) bis sechs (sehr stark reguliert)

■ Insgesamt, darunter Regulierung von unbefristeten Verträgen ■ befristeten Verträgen ■ Massenentlassungen



Massenentlassungen: Entlassungen mehrerer Personen, sofern diese strikteren Regulierungen unterliegen als Einzelentlassungen; Quelle: OECD

zu tun. Manche Regulierungen schützen zwar die Arbeitsplatzbesitzer (die sogenannten Insider), schaden aber den Arbeitslosen (den sogenannten Outsider). Zwar sind die Outsider eigentlich schutzbedürftiger als die Insider, doch weil die Arbeitslosen in der Minderheit sind, spielen ihre Interessen im politischen Prozess nur eine untergeordnete Rolle. Die Insider dagegen sind in der Mehrheit, sei es im Staat oder auch in den Gewerkschaften, die für ihre Mitglieder die Löhne verhandeln.

Höhere Löhne kommen zwar den Arbeitnehmern zugute. Doch zu hohe (Mindest-)Löhne sind auch eine Barriere für Outsider, die zurück in den Job wollen – denn hohe Löhne schützen die Insider vor unerwünschter Konkurrenz. Auch ein zu rigider Kündigungsschutz und restriktive Zugangsbestimmungen für bestimmte Berufsgruppen, etwa für viele freie Berufe und Handwerker, haben eine solche abschottende Wirkung.

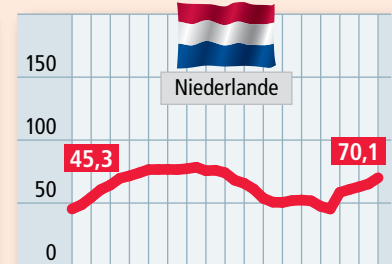
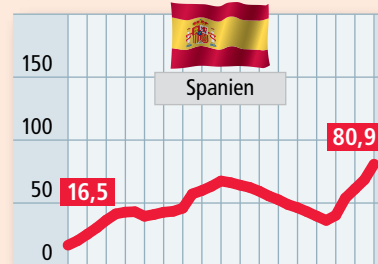
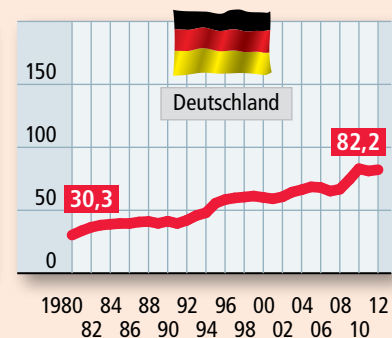
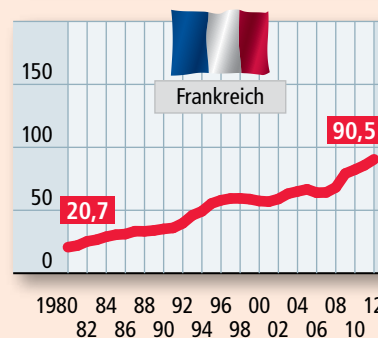
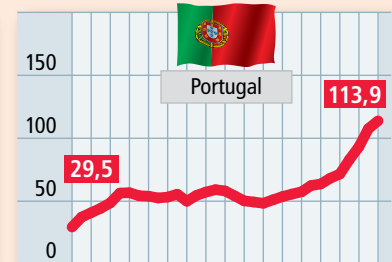
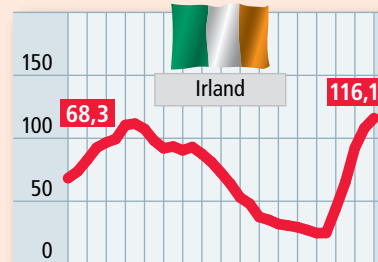
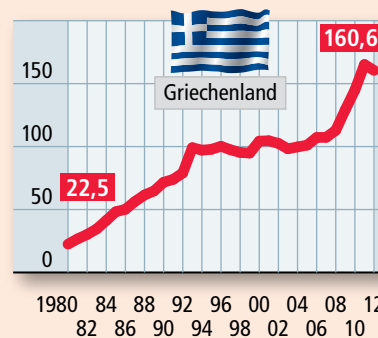
Ein Blick auf den Regulierungsindex der OECD (Grafik Seite 4) zeigt, dass sich in Südeuropa bestimmte Interessengruppen in der Politik offenbar besonders gut durchgesetzt haben:

In Spanien, Portugal und Griechenland sind die Arbeitsmärkte stärker reguliert als im Durchschnitt der Industriestaaten.

Dabei hat jedes Land seine eigenen Schwächen. In Portugal etwa ist es besonders schwierig, unbefristete Arbeitsverträge abzuschließen. In Italien dagegen war die Arbeitsmarktregulierung vor der Schuldenkrise insgesamt sogar etwas weniger strikt als in Deutschland. Doch sind die Regeln für die gleichzeitige Entlassung von mehreren Personen hier wie dort besonders unflexibel.

Staatsverschuldung: Große und kleine Sünder

Öffentlicher Schuldenstand in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



2012: Prognose; Deutschland: bis einschließlich 1990 Westdeutschland
Quelle: EU-Kommission

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 36

Auch Jugendliche, die ihre erste Stelle suchen, haben es in einem stark regulierten Markt schwer, Fuß zu fassen. Die Jugendarbeitslosigkeit lag beispielsweise in Griechenland und Spanien selbst in guten Jahren von 2000 bis 2007 im Durchschnitt bei jeweils rund 9,5 Prozent. Gleichzeitig schnitten beide Länder im OECD-Arbeitsmarktregulierungsindex besonders schlecht ab.

Inzwischen ist der Druck auf Südeuropa hoch, sowohl Reformen in ihren Haushalten als auch auf dem Arbeitsmarkt anzugehen. Diese Reformen werden den Arbeitslosen, den Jugendlichen und den künftigen Generationen helfen. Die Politik allein hat bisher zu wenig bewirkt – deshalb ist der disziplinierende Druck des Finanzmarkts in Grenzen durchaus heilsam.



Wirtschaft und Schule

Das Lehrerportal der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) unterstützt Lehrer bei der Vorbereitung des Unterrichts zum Thema Wirtschaft.

www.wirtschaftundschule.de

Null Bock auf Wirtschaft

Wirtschaftswissen. Obwohl Deutschlands Jugend in einer von Krisen geprägten Zeit aufwächst, nimmt ihr Interesse an Wirtschaft und Politik weiter ab. Zwar wird mittlerweile mehr Wirtschaft an den Schulen unterrichtet – mehr Wissen kommt dabei allerdings nicht herum.

Die Euro-Schuldenkrise geht auch an den deutschen Jugendlichen nicht vorbei: 94 Prozent haben zumindest schon mal davon gehört. Laut der Jugendstudie 2012 des Bankenverbands nehmen die jungen Leute die Krise jedenfalls bewusster wahr als die Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009.

Doch obwohl die Krise und die zahlreichen Rettungsversuche der Politik ihren Alltag beherrschen, interessieren sich immer weniger Jugendliche dafür. Der Regierung trau-

en sie ohnehin wenig zu: Mehr als die Hälfte der 14- bis 24-Jährigen sagt, die Politik sei nicht in der Lage, die aktuellen Probleme der Bundesrepublik zu lösen.

Besonders auffällig ist, dass sich jeder zweite Jugendliche eine Zukunft ohne den Euro vorstellen kann, und das, obwohl die jungen Leute mit der Gemeinschaftswährung aufgewachsen sind und sich wohl nur noch schwach an die D-Mark erinnern können. So gering wie das Vertrauen in den Euro ist auch das Zutrauen in die Europäische Union. So interessieren sich nur wenige Jugendliche für Europapolitik. Hinzu kommt, dass sich nur 8 Prozent der Befragten als Europäer fühlen – aber 56 Prozent als Deutsche. Nur ein Drittel der Jugendlichen fühlt sich sowohl Deutschland als auch Europa zugehörig.

Während die Wirtschaftsberichterstattung mit jedem Tag der Krise immer komplexer wird, verstehen die Jugendlichen immer weniger. Die logische Folge: Das Interesse am Thema Wirtschaft nimmt ab.

Im Jahr 2009 hatte noch ein Drittel der Befragten geäußert, sich für Wirtschaft zu interessieren – 2012 ist es nur noch ein Fünftel.

Zwar spielt das Thema mittlerweile an den Schulen eine größere Rolle, gebracht hat der Unterricht aber offenbar wenig. Ein Index der Bundesbank zum Wirtschaftswissen von Jugendlichen zeigt, dass 47 Prozent schlechte bzw. sehr schlechte Wirtschaftskennntnisse haben.

So können sich 40 Prozent der jungen Leute nichts unter dem Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ vorstellen. Die meisten Jugendlichen (70 Prozent) wissen zwar, was eine Aktie



© farbkombinat – Fotolia.com

Was die Jugendlichen nicht wussten

Soziale Marktwirtschaft

In Deutschland wird nicht von einer freien Marktwirtschaft gesprochen, sondern von der „Sozialen Marktwirtschaft“. Das heißt: Die größtmögliche Freiheit der Märkte wird mit einer sozialen Komponente verbunden. In der Sozialen Marktwirtschaft greift der Staat in vielfältiger Form ins Wirtschaftsgeschehen ein. So erhebt er Steuern und Abgaben, um das Geld dann u.a. als Sozialleistungen an die Haushalte bzw. als Subventionen an die Unternehmen zurückzugeben. Mit dieser Umverteilung und mit seinen zahlreichen Gesetzen und Verordnungen will der Staat die in einer reinen Marktwirtschaft unweigerlich auftretenden Härten abmildern. So versucht der Staat dafür zu sorgen, das Existenzminimum eines jeden Einzelnen zu sichern und jedem die Chance zu geben, durch eigene Leistung am Wohlstand teilzuhaben. Auch den fairen Wettbewerb stellt er sicher. All diese Aufgaben muss der Staat jedoch nicht selbst erledigen

– so kümmern sich z.B. die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften um die Lohnpolitik, und die Sozialversicherungen sind für die Bereiche Rente, Gesundheit und Arbeitslosigkeit zuständig.

Inflationsrate

Das bekannteste Inflationsmaß in Deutschland ist der Verbraucherpreisindex. Seine Veränderung liegt meist zwischen 1 und 2 Prozent. Die Ursachen für einen Preisanstieg reichen von Preissteigerungen im Ausland, die z.B. über die Ölimporte ins Land kommen (importierte Inflation), über Kostensteigerungen im Inland (wie höhere Löhne) bis hin zu einem Nachfrageboom (wenn also die Nachfrage das Warenangebot übersteigt). In Deutschland ist die Inflationsrate 2011 im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 Prozent gestiegen.

Aktie und Rendite

Eine **Aktie** ist ein Wertpapier, das Unternehmen herausgeben, um sich Eigenkapital zu beschaffen. Mit dem Kauf einer Aktie erwirbt

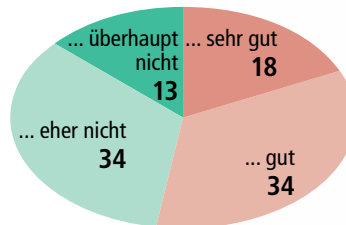
ist, genauso viele können aber nicht erklären, was es mit der Rendite auf sich hat. Rund die Hälfte der 14- bis 24-Jährigen weiß zwar, was eine Inflationsrate ist, kennt jedoch nicht einmal deren ungefähre Höhe.

Beim Prinzip Angebot und Nachfrage und bei der Kenntnis wichtiger Anlageprinzipien sieht es ähnlich mau aus. Aus diesem Grund greift der iw die wichtigsten Begriffe aus der Studie noch mal auf.

Jugendstudie Wirtschaft

Es geht auch ohne Euro

So viel Prozent der Jugendlichen können sich eine Zukunft ohne Euro ... vorstellen



Befragung von 758 Jugendlichen im Alter von 14 bis 24 Jahren von Mai bis Juni 2012; Quelle: Bankenverband

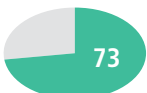
Institut der deutschen Wirtschaft Köln



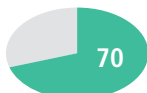
© 2012 IW Medien · iwd 36 · Foto: Klaus Eppel – Fotolia.com

Wirtschaftswissen: Wenig Durchblick

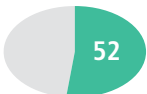
So viel Prozent der Jugendlichen konnten nicht richtig oder gar nicht erklären



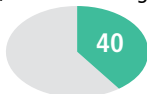
die Rolle der EZB



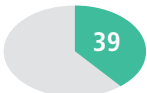
was sich hinter einer „Rendite“ verbirgt



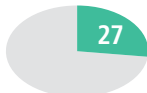
die „Inflationsrate“



die „Soziale Marktwirtschaft“



das Prinzip „Angebot und Nachfrage“



was eine „Aktie“ ist

Befragung von 758 Jugendlichen im Alter von 14 bis 24 Jahren von Mai bis Juni 2012
Quelle: Bankenverband

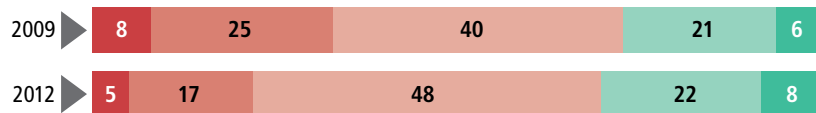
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwd 36

Wirtschaft? Mir doch egal!

So viel Prozent der Jugendlichen interessieren sich für Wirtschaft

■ sehr stark ■ stark ■ etwas ■ kaum ■ gar nicht



Befragung von 758 Jugendlichen im Alter von 14 bis 24 Jahren von Mai bis Juni 2012; Quelle: Bankenverband

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwd 36



© contrastwerkstatt – Fotolia.com

der Eigentümer, der Aktionär, einen Anteil am Grundkapital des jeweiligen Unternehmens.

Die **Rendite** ist der Gesamterfolg einer Kapitalanlage, gemessen als tatsächliche Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Bei einer Aktie zum Beispiel ergibt sich die Rendite aus der Dividende plus Kursanstieg bezogen auf das eingesetzte Kapital. Wer also eine Aktie für 100 Euro gekauft hat und 2 Euro Dividende erhält, kommt bei einem Kursanstieg auf 105 Euro auf eine Jahresrendite von 7 Prozent.

Rolle der Europäischen Zentralbank

Die Europäische Zentralbank (EZB) ist ein Organ der Europäischen Union und hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Die EZB verwaltet den Euro und sorgt für die Preisstabilität in der EU. Die EZB legt die Leitzinssätze fest, kontrolliert die Geldmenge, verwaltet Währungsreserven der Eurozone und hält die Wechselkurse im Gleichgewicht. Sie beaufsichtigt zusammen mit anderen Behörden die Finanzmärkte

und -institute, genehmigt den Zentralbanken der Länder die Ausgabe von Banknoten.

Angebot und Nachfrage

Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis einer Ware oder einer Dienstleistung – und somit auch, wie viel von einem Gut hergestellt oder angeboten wird. Alle Güter auf dem Markt sind nur in einer bestimmten Menge vorhanden. Wie knapp ein Gut ist, zeigt der Preis. Dabei gilt die Faustformel: Ist das Angebot groß und/oder die Nachfrage gering, ist der Preis niedrig – und umgekehrt.

Börse

An der Börse treten Anbieter und Käufer von Gütern und Wertpapieren über Börsenmakler miteinander in Kontakt – heutzutage allerdings meist per Computer. An der Börse wird für jeden gehandelten Gegenstand ein Kurs, also ein Preis, festgesetzt. Neben Wertpapieren werden auch Rohstoffe und Devisen gehandelt.

Viel Altruismus

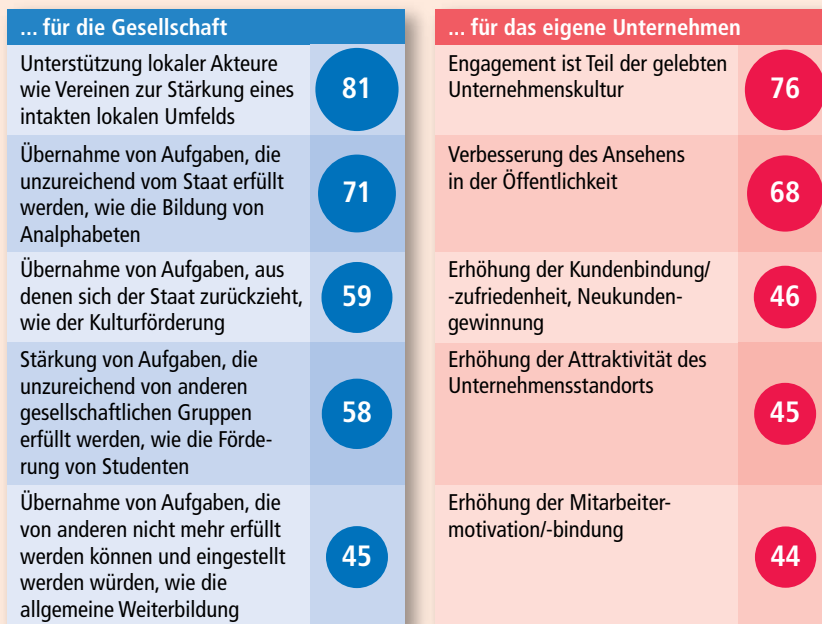
Freiwilliges Engagement. Warum engagieren sich Unternehmen sozial, wollte die Bundesregierung von der Sachverständigenkommission wissen, die den Ersten Engagementbericht „Für eine Kultur der Mitverantwortung“ erstellt hat. Die Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) Consult hat dafür 4.400 Betriebe befragt. Deren Antworten zeigen, dass die Firmen eine gesunde Mischung aus Altruismus und Eigennutz motiviert.

Zwei Drittel der Unternehmen in Deutschland engagieren sich für die Gesellschaft – vor allem vor Ort (vgl. iwD 34/2012): Sie unterstützen Vereine, kümmern sich um Analphabeten oder fördern Studenten.

Es gibt viele Gründe, warum sich Unternehmen engagieren (Grafik). Fast immer versuchen sie jedoch, den gesellschaftlichen und den eigenen Nutzen miteinander zu verbinden. Immer wieder aber betonen die Unternehmen, dass sie sich nicht

Warum sich Unternehmen sozial engagieren

So viel Prozent der engagierten Unternehmen verfolgen damit in erster Linie diese Ziele ...



Befragung von 4.400 Unternehmen im Mai/Juni 2011
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln
© 2012 IW Medien - iwD 36

zuletzt aus Verantwortungsgefühl für die Allgemeinheit einsetzen. So möchten 70 Prozent mit ihren Aktivitäten den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern.

Annähernd zwei Drittel der engagierten Unternehmen sagen, dass dieses bürgerschaftliche Engagement zur betrieblichen Tradition gehört.

Viele Firmen übernehmen sogar originäre staatliche Aufgaben, weil aus ihrer Sicht Bund, Länder und Gemeinden nicht genügend Mittel bereitstellen. Fast zwei Drittel der Firmen sind darüber hinaus der Auffassung, dass sich der Staat gezielt aus manchen Bereichen zurückzieht und auf unternehmerische Initiative baut – z.B. bei der Kulturförderung.

Dass sich viele Firmen vor allem in ihrem Umfeld engagieren, ist verständlich. Mittelständische Unternehmen sind lokal verwurzelt – es besteht eine enge Bindung zur Bevölkerung und zur örtlichen Politik. Da wird der Firmenchef schon mal gefragt, ob er nicht etwas zum Kindergarten dazugeben kann. Außerdem werden solche Vor-Ort-Hilfen in der Region besonders beachtet.

Tatsächlich möchten zwei Drittel der Firmen durch ihren Einsatz für die Gesellschaft ihr Ansehen in der Öffentlichkeit verbessern. Auch die Kundenbindung, die Zufriedenheit der Kunden sowie die Standortattraktivität spielen eine Rolle beim unternehmerischen Engagement.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber
Redaktionsassistentz: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwD@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.